

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Planungs- und Unterausschusses - öffentlich -

Datum: 29.09.2009

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:32 Uhr - 19:15 Uhr

stellvertretender

Vorsitzender: Bürgermeister Miko Runkel

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 9 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 9 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Frau Bürgermeisterin Petra Wesseler

Urlaub

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Herr Tino Fritzsche CDU-Ratsfraktion

ab TOP 5.1 18:45 Uhr  
dienstliche Gründe

#### **Stadtratsmitglieder**

Frau Jacqueline Drechsler SPD-Fraktion  
Herr Tino Fritzsche CDU-Ratsfraktion

bis TOP 4.3 18:45 Uhr  
dienstlicher Grund

Herr Dr. Dieter Füsslein Fraktion FDP  
Herr Hans-Peter Lohse Fraktion FDP  
Herr Klaus Möstl SPD-Fraktion  
Herr Thomas Scherzberg Fraktion DIE LINKE  
Frau Verona Schinkitz Fraktion DIE LINKE  
Herr Falk Ulbrich CDU-Ratsfraktion  
Herr Volkmar Zschocke Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Bories Butenop Amtsleiter Amt 61  
Herr Bernd Gregorzyk Amtsleiter Amt 66  
Herr Christian Pilz Abteilungsleiter Abt. 61.4  
Frau Beate Richter Abteilungsleiterin Abt. 60.1  
Frau Kneita Sachbearbeiterin Abt. 61.22

ab TOP 4.1 16:40 Uhr

#### **Gäste**

Herr Zschocke GZ Outsourcing Management GmbH & Co. KG bis TOP 4.3 18:45 Uhr  
Herr Freitag Architektur- und Ingenieurbüro Freitag bis TOP 5.3 18:50 Uhr

## Schriftführerin

Frau Isabel Antkowiak

Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Herr Bürgermeister Runkel** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 25.08.2009
- 

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 4 Beschlussvorlagen an den Stadtrat
- 

- 4.1 Beschluss zum Städtebaulichen Entwicklungskonzept - Chemnitz 2020  
Vorlage: B-181/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** stellt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor.

**Herr Bürgermeister Runkel** weist darauf hin, dass es in der Beschlussfassung um den Punkt 1 - Leitlinien der Stadt Chemnitz 2020 laut Anlage 3, Kapitel 3 und den Punkt 2 - die Umsetzungsstrategie laut Anlage 3; Kapitel 6 gehe.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** stellt die Frage, wieso die Quartierkonzepte erst im ersten Quartal 2011 fertig gestellt werden, obwohl man zum jetzigen Zeitpunkt mit der Erarbeitung dieser Konzepte beginne. Des Weiteren weist er auf die noch großen Differenzen mit der Wohnungswirtschaft hin. Zusätzlich interessiere ihn, wie viel Einwohner die Stadt Chemnitz seit 1990 wirklich verloren habe. Herr Möstl möchte wissen, welche von den 4.800 Denkmälern der Stadt Chemnitz prägende Denkmäler seien und bittet um Auskunft, wieso im Stadtentwicklungsprogramm Chemnitz 2020 mit Abbruchzahlen aus 2007 gearbeitet werde. Im Integrierten Stadtentwicklungsprogramm habe man geplant, 20.800 Gebäude abzubauen, so dass ihn interessiere ob diese Zahl aus heutiger Sicht erreichbar sei. Im Anschluss stellt Herr Möstl die Frage nach der Verteilung der Bedarfsgemeinschaften auf die Wohngebiete und der Unterstützung der privaten Eigentümer mit Hilfe von Fördermitteln.

Auf die Fragen des Herrn Möstl antwortet **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)**, dass die langen Erarbeitungszeiten der Quartierkonzepte durch die lückenhafte Personalstruktur des Dezernates zu Stande kommen. Er räumt ein, dass in der Vorlage kein Konsens mit der Wohnungswirtschaft aufzeigt werde. Es sei viel mehr eine Annäherung von Positionen. Man habe die Datensätze aus 2007 zu Grunde gelegt, weil es zur Zeit der Erarbeitung der Vorlage im Frühjahr und Sommer 2009 noch keine vollständigen Datensätze mit dem Stichtag 31.12.2008 gegeben habe. Die Frage des Einwohnerrückgangs seit 1990 vermag er nicht zu beantworten, es sei abhängig von der zu Grunde gelegten Statistik. Außerdem seien die 4.800 Denkmale der Stadt Chemnitz Einzeldenkmäler. In den vergangenen 10 Jahren seien ca. 15.000 Wohnungen zurückgebaut wurden. Ob es zum Abbau von insgesamt 20.800 Gebäuden komme, könne er nicht sagen. Zur Frage der Verteilung der Bedarfsgemeinschaften auf die Wohngebiete verweist er auf die Anlage 3, Seite 23, 6. Spalte von rechts der Vorlage. Die privaten Haus- und Grundbesitzerverbände seien im gesamten Arbeitsprozess eingebunden wurden. Die vorhandenen Fördermöglichkeiten seien im gleichen Maße für alle gegeben.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** fragt konkret nach den Fördermöglichkeiten für private Eigentümer.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** stellt dar, dass die privaten Eigentümer immer schwer zu erreichen seien. Wer sich jedoch dafür interessiere, habe die Möglichkeit sich z. B. auch über das Internet zu informieren.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** sagt, seine Fraktion habe sich noch keine abschließende Meinung gebildet. Er erkenne die analytische Arbeit bei der Erarbeitung der Vorlage an, aber sie könne leider nicht abschließend beantworten, wie die Stadt Chemnitz insbesondere der Stadtkern im Jahr 2020 aussehe. Er stellt die Frage, wo das Aufbaugelände Chemnitz sei. In der Innenstadt fehle das Thema Wohnen. Er regt an, einen Fond zur Stadterneuerung zu bilden. Zum Thema Stadtteilprogramm sei er der Meinung, dass man nicht für jeden Stadtteil ein Programm brauche, sondern dies eher sektorweise betrachten sollte. Dadurch entstehe ein übergeordneter Blick.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** nimmt die Anregungen zur Thematik der Bearbeitung der Stadtteilkonzepte auf.

**Herr Bürgermeister Runkel** bemerkt, dass der Auftrag der Erarbeitung der 39 Stadtteilkonzepte ein Teil des Beschlusses sei, so dass der Auftrag stadtgebietsbezogen zu arbeiten eine Änderung benötige.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** kündigt aus diesem Grund einen Änderungsantrag an.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** respektiert die Arbeit an diesem Konzept. Dennoch seien im Ergebnis keine klaren strategischen Entscheidungen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Chemnitz enthalten. Dies gelte vor allem in den zentralen Bereichen der Siedlungsentwicklung, Mobilität und Energieversorgung.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** fügt zum Thema Stadtumbaufond hinzu, dass es notwendig sei, im Rahmen der Haushaltsdiskussion einen Stadtum-

baufond zu bilden. Außerdem habe er einen Änderungsantrag, welchem sich auch andere Fraktionen anschließen können. Er diene als Hilfestellung, um eine Stellungnahme der Verwaltung vor der Stadtratsitzung am 08.10.2009 zu erhalten.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt noch der Vereinbarkeit der Entwicklung jedes Stadtteiles und dem Dogma einer zentralen Stadt. Es interessiere ihn weiterhin, wieso das Flemminggebiet so stiefmütterlich behandelt werde.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** antwortet, dass die Prioritätensetzung unterschiedlich sei im Sinne der Aufgaben nur für den Stadtteil bzw. für die Stadt. Dass das Flemminggebiet stiefmütterlich behandelt werde, sehe er nicht so, da es saniert sei und es wenig Leerstand gebe.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** fügt hinzu, dass wenn etwas stiefmütterlich in der Stadt Chemnitz behandelt werde, es nicht das Flemminggebiet, sondern die Innenstadt sei. Dies gelte vor allem auch für das Thema Verkaufsflächen in der City. Außerdem trage er den Vorschlag des Änderungsantrages des Herrn Fritzsche mit.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** stimme ebenfalls dem Änderungsantrag zu. Sie gibt zu bedenken, dass die Menschen sich ihre Lebensqualität selbst geben und bewusst in einen bestimmten Stadtteil ziehen. Diese Entscheidung sei unabhängig von der angebotenen Verkaufsfläche.

Auch **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

**Herr Stadtrat Lohse (Fraktion FDP)** entgegnet Frau Schinkitz, dass die Leute dorthin ziehen, wo ihnen modernisierter Wohnraum angeboten werde. Herr Dr. Füsslein habe gemeint, dass auch in der Innenstadt entsprechender hoch qualifizierter Wohnraum angeboten werden müsse, denn dann werde auch die Innenstadt bewohnt.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** weist zurück, dass es viele Menschen gebe, die sich keinen hoch qualifizierten Wohnraum leisten können.

Der Planungs- und Umweltausschuss leitet die Beschlussvorlage Nr. B-181/2009 **ohne Empfehlung** (9 Stimmenthaltungen) **an den** Stadtrat weiter.

- 4.2 Abwägungsbeschluss und Beschluss zur 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz  
(Bereich des ehemaligen Munitionslagers Euba und Umgebung im Stadtteil Euba)  
Vorlage: B-264/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

**Frau Kneita (Sachbearbeiterin Abt. 61.22)** stellt die Beschlussvorlage vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es **keinen Verhandlungsbedarf**.

Der Planungs- und Umweltausschuss **stimmt** dem Punkt 1 Buchstabe a) Ordn.-Nr. 6, dem Punkt 1 Buchstabe b) Ordn.-Nr. 1 sowie en bloc dem Punkt 2, 3 und 4 **ein-stimmig zu** und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

4.3 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.  
07/12 Kleinolbersdorfer Straße  
Vorlage: B-373/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

---

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt nach, wieso pro Grundstück zweieinhalb Kfz-Stellplätze geplant wurden, zumal es noch 20 Besucherstellplätze gebe. Er bittet um Erläuterung wieso eine Traufhöhe von 6 m geplant wurden sei, denn das hebe sich von der umgebenden Bebauung ab. Unklar sei ihm auch, wieso eine dauerhafte Erschließung über die Wilhelm-Busch-Straße nicht zugelassen werde. An Herrn Gregorzyk stelle er die Frage, inwiefern das Thema Adelsberger Straße und Verkehrsberuhigung vertieft diskutiert werden müsse, wenn nun ein neues Wohngebiet erschlossen werde. Er bitte die Verwaltung einen Vorschlag einzubringen, wie die Adelsberger Straße in eine Tempo 30 Zone eingeordnet werden könne.

**Herr Zschoche (GZ Outsourcing Management GmbH & Co. KG)** erklärt, dass man praxisorientiert geplant habe, da in den Randgebieten der Stadt Chemnitz jede Familie meist mehr als einen PKW besitze. Außerdem sagt er, dass die Proteste der Anwohner der Wilhelm-Busch-Straße dazu geführt haben, dass der Verkehr über die Walter-Janka-Straße geführt werde.

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** führt aus, dass es bei der Einrichtung der Tempo 30 Zonen eine Rang- und Reihenfolge gebe. Die Adelsberger Straße sei nächstes Jahr in der Bearbeitung. Im Laufe der Untersuchungen dazu werde sich ergeben, ob die ganze Adelsberger Straße eine Tempo 30 Zone werde oder nicht. Er lasse die zunehmenden Beschwerden des Durchgangsverkehres prüfen.

**Herr Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt nach, wieso das ursprüngliche Verbot von Gas und Heizöl zu Heizzwecken durch den Einwand der Landesdirektion nun entfalle.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** merkt an, das zukünftig in der Planung vermieden werden solle, dass trotz des großen Flächenangebotes alles so eng bebaut werden müsse.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** erinnert, dass mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden solle. In die Grundflächenzahl seien neben dem Gebäude auch Nebenanlagen und Carports einzurechnen.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt nach, wieso strittige Stellungnahmen zur Erschließung der Buschstraße nicht abgewogen wurden.

**Herr Zschoche (GZ Outsourcing Management GmbH & Co. KG)** sagt, die Einwände seien im Bebauungsplan berücksichtigt.

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** kommt auf das Thema Traufhöhe zurück. Sie fragt nach, wie viel Geschosse pro Haus geplant seien.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** erklärt, es seien zwei Vollgeschosse und eine Traufe bei 6 m zulässig. Das Dach dürfe kein Vollgeschoss sein.

**Herr Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** bittet den Punkt 1 Buchstabe a) Sachverhalt 6 einzeln abzustimmen.

Der Planungs- und Umweltausschuss **stimmt** en bloc dem Punkt 1 **Buchstabe a) Ordn.-Nr. 1** - 1. bis 5. und 7. bis 9. Sachverhalt sowie Ordn.-Nr. 2, 3, 6, 10 **einstimmig**, dem Punkt 1 **Buchstabe a) Ordn.-Nr. 1** - 6. Sachverhalt **mehrheitlich** und en bloc dem Punkt 2, 3, 4 **einstimmig** zu und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

---

5 Beschlussvorlagen an den Planungs- und Umweltausschuss

---

5.1 Ausweisung einer Bewohnerparkzone Rosenbergstraße  
Vorlage: B-275/2009

---

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** unterstützt die Vorlage. Er bemerkt, dass das Parken an der Technischen Universität Chemnitz eine Katastrophe sei. Es müsse sich diesem Thema zukünftig gewidmet werden.

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** gibt zu bedenken, dass das SIB und die Technische Universität Chemnitz kein Interesse haben, eine Lösung herbeizuführen.

**Beschluss B-275/2009**

Der Planungsausschuss beschließt die Ausweisung einer Bewohnerparkzone Rosenbergstraße.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(9-Ja Stimmen)**

5.2 Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93/16 Wohnungsbaustandort Chemnitz/Niederrabenstein "An der Riedstraße", Grünzug  
Vorlage: B-293/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

---

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** fragt nach, ob diese Vorlage heute entschieden werden müsse.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** erklärt, dass es für den Gesamtbereich einen neuen Eigentümer gebe, der handlungswillig und handlungsfähig sei. Aus den Gesprächen mit dem neuen Eigentümer resultiere diese Vorlage. Im Zuge der Erschließung werden Teile der öffentlichen Grünflächen privatisiert.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** gibt zu bedenken, dass somit neues öffentliches Grün geschaffen werde.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** erklärt, dass die rechtskräftige Ortssatzung öffentliches Grün vorsehe.

**Beschluss B-293/2009**

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Für das Gebiet der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93/16 Wohnungsbaustandort Chemnitz/Niederrabenstein „An der Riedstraße“, Grünzug ist ein

Bebauungsplan aufzustellen.

Der Geltungsbereich wird durch die Planzeichnung (Anlage 3, Seite 1) bestimmt.

Folgende Planungsziele werden angestrebt:

- Ausweisung einer privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung private Gärten

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen öffentlichen Auslegung erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(5-Ja Stimmen, 2-Nein Stimmen, 1-Enthaltung)**

- 5.3 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/16 Frischmarkt SIMMEL, Grüna  
Vorlage: B-350/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** interessiert, was mit den alten Räumlichkeiten passiere.

**Herr Freitag (Architektur- und Ingenieurbüro Freitag)** erklärt, dass das Gebäude als Verwaltungsgebäude genutzt werde. Es komme nur zu einer Verlagerung der Verkaufsflächen.

#### **Beschluss B-350/2009**

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Im Ortsteil Grüna an der Chemnitzer Straße soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 09/16 Frischmarkt SIMMEL, Grüna aufgestellt werden.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes beinhaltet die Flurstücke 487 und 488 (teilweise) der Gemarkung Grüna.

Planungsziel ist die Bestimmung der Zulässigkeit des Vorhabens „großflächiger Einzelhandelsbetrieb“ mit 1600 qm Verkaufsfläche in einem Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO. Das Entwicklungsgebot des § 8 Absatz 2 BauGB wäre damit erfüllt.

Im Planverfahren ist im Sinne des § 11 Absatz 3 BauNVO nachzuweisen, dass sich das Vorhaben auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung sowie auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nur unwesentlich auswirken wird.

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB (vereinfachtes Verfahren) aufgestellt werden.

Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(8-Ja Stimmen)**

- 5.4 Aufstellungsbeschluss zur 28. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz (Bereich Bernhardstraße/Kreherstraße im Stadtteil Gablenz)  
Vorlage: B-386/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es **keinen Verhandlungsbedarf**.

**Beschluss B-386/2009**

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Einleitung des Verfahrens zur 28. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz im Bereich Bernhardstraße/Kreherstraße im Stadtteil Gablenz wird zugestimmt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen Auslegung erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(8-Ja Stimmen)**

- 5.5 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/18 Wohngebiet Kreherstraße  
Vorlage: B-382/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es **keinen Verhandlungsbedarf**.

**Beschluss B-382/2009**

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. In der Gemarkung Gablenz im Bereich zwischen der Bernhardstraße, der Kreherstraße und der Charlottenstraße soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 09/18 Wohngebiet Kreherstraße aufgestellt werden.

Planungsziel ist die rechtliche Vorbereitung eines Wohnstandortes für ca. 10 Einfamilienhäuser.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes beinhaltet einen Teilbereich des Flurstücks 219/4, Gemarkung Gablenz mit einer Größe von 0,95 ha.

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB (vereinfachtes Verfahren) aufgestellt werden.

Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach



§ 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(8-Ja Stimmen)**

- 5.6 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/06 "Technopark Süd" - Teilgebiet 1  
Vorlage: B-349/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)** hofft, dass die Radwegverbindung dauerhaft gesichert sei.

**Beschluss B-349/2009**

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 09/06 "Technopark Süd" - Teilgebiet 1, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), sowie die Begründung mit Umweltbericht, werden in der Fassung vom 24.08.2009 (gemäß Anlagen 3 und 4) gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(8-Ja Stimmen)**

- 5.7 Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 02/51 "Frankenberger Straße/Hilbersdorf"  
Vorlage: B-387/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** möchte wissen, warum der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss erneut gefasst werden müsse.

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** verweist auf die nichtöffentliche Diskussion zu diesem Thema in der alten Legislaturperiode. Man habe aufgezeigt, welche Veränderungen es an den Rahmenbedingungen im Planungsfeld gegeben habe, die eine Planänderung zur Folge hatten. Man habe das Votum mitgenommen in diese Richtung weiterzuarbeiten. Die Ergebnisse müssen jetzt durch den erneuten Entwurfs- und Auslegungsbeschluss öffentlich gemacht werden.

**Beschluss B-387/2009**

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Aufstellungsbeschluss Nr. B-189/2007 des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 12.06.2007 wird wie folgt geändert:
  - Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst nunmehr die in der Planzeichnung (Anlage 3, Seite 2) dargestellte Fläche.

- Es werden nunmehr folgende Planungsziele angestrebt:
  - Regelung der Art der baulichen Nutzung innerhalb eines Mischgebietes entlang der Frankenberger Straße unter Ausschluss von zentrenrelevantem Einzelhandel und Ausschluss von Autohandel.
  - Festsetzung von öffentlichen Verkehrsflächen an der Frankenberger Straße
2. Der geänderte Entwurf zum Bebauungsplanes Nr. 02/51 „Frankenberger Straße/Hilbersdorf“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) (Anlage 3), sowie die Begründung (Anlage 4) werden in der Fassung vom 14.08.2009 gebilligt und zur erneuten öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(8-Ja Stimmen)**

---

6 Informationsvorlage an den Planungs- und Umweltausschuss

6.1 Finanzcontrolling per 30.06.2009 einschließlich Abrechnung des 2. HSK  
Vorlage: I-028/2009 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20

---

Die Informationsvorlage wird zustimmend **zur Kenntnis** genommen.

---

7 Umsetzung des Konjunkturprogramms für Investitionen in Kommunen (K II)

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es **keinen Informationsbedarf**.

---

8 Verschiedenes

8.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

---

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** informiert, dass der Termin Ammonstraße am 09.10.2009 09:30 Uhr mit Herrn Bauer stattfindet. Weiterhin laufen die Nachheruntersuchungen zur Verkehrsberuhigung Umfeld des neuen Autobahnanschlusses West – Kalkstraße – an. Die Ergebnisse werden im Januar 2010 im Ausschuss präsentiert. Das Thema der Umleitungsführung im Rahmen der Sperrung der Brücke Hartmannstraße könne er erläutern, wenn es gewünscht werde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** bittet in der nächsten Sitzung über die Umleitungsführung zu sprechen.

---

8.2 Fragen der Ausschusmitglieder

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)** bittet im Hinblick auf die Verkehrsberuhigung des Umfeldes des neuen Autobahnanschlusses West um Prüfung, ob eventuell die Kreißigstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt werden könnte.

**Frau Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** schildert, dass sie die Anhänge der ankommenden E-Mails der Stadtverwaltung Chemnitz nicht öffnen könne. Sie bevorzuge die Papierform.

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** sagt, es werde geprüft die Informationen über das Konjunkturprogramm II den Stadträten in anderer Form zur Verfügung zu stellen.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** fragt nach den Terminen der Bauabschnitte I und II auf der Zschopauer Straße.

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** nimmt die Frage mit. Die Stadt Chemnitz sei zurzeit bei der Bürgerbeteiligung. Er gehe davon aus, dass für den städtischen Teil bis zum Ende des Jahres der Planfeststellungsbeschluss ergehe.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** fragt nach dem Grund der Verzögerung des Baus des Vollsortimenters an der Limbacher Straße/Beyerstraße

**Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** habe keine gesicherten Kenntnisse zum Grund der Verzögerung. Die Verwaltung habe die Baugenehmigung erteilt.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** bittet um einen Auszug der letzten 100 Tage aus dem Bautagebuch der Baumaßnahme Zschopauer Straße.

Die Fragen von **Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** und **Herrn Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** nimmt **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** mit.

**Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)** fragt, wann mit der Einordnung eines grünen Pfeils an der Kreuzung Augustusburger Straße zu rechnen sei.

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** erklärt, dass im Ergebnis der Prüfung für die Einordnung eines grünen Pfeils ein neues Steuergerät benötigt werde. Er werde nach dem Ausschreibungsstand nachfragen.

9 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Lohse (Fraktion FDP)** und **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** bestimmt.

\* \* \*

**Herr Bürgermeister Runkel** schließt die Sitzung.

06.10.2009   gez. Runkel  
Datum       Runkel  
              stellv. Vorsitzender  
              des Ausschusses

08.10.2009   gez. Lohse  
Datum       Lohse  
              Mitglied  
              des Ausschusses

08.10.2009   gez. Möstl  
Datum       Möstl  
              Mitglied  
              des Ausschusses

05.10.2009   gez. Antkowiak  
Datum       Antkowiak  
              Schriftführerin